

Lernen von Wuppertal!?

Solidarität heißt Zusammenstehen in der Not • Von Max Fuchs

Angeblich hat die Bezirksregierung in Düsseldorf Wuppertal zu dem Beschluss gratuliert, das Theater schließen zu wollen, so hieß es zumindest bei dem 24-Stunden-Protest-Marathon am 29. und 30. Januar 2010. In Abwandlung eines inzwischen nur noch älteren Ost-Bürgern bekannten Slogans könnte man also sagen: Von Wuppertal lernen heißt Schließen lernen! Doch so einfach ist es dann doch nicht mit dem Schließen. Denn auch das ist eine Lehre: Die Macht der Verwaltung kann durchaus gebrochen werden, wenn sich genügend Menschen finden, die sich wehren.

In Wuppertal lief der Protest etwas mühsam an. Böse Zungen munkelten hinter vorgehaltener Hand, dass dies mit der klassischen Feindschaft zwischen den ehemals selbstständigen, nunmehr zu bloßen Stadtteilen degradierten Orten Barmen und Elberfeld zu tun haben könnte: Die Barmer haben schließlich das gerade renovierte Opernhaus, so dass die Theaterschließung in Elberfeld nicht nur zu verkraften wäre, sondern auch ein Ausgleich dafür ist, dass der Elberfelder Bahnhof jetzt protzig „Hauptbahnhof“ heißt. Diese Spannungen gibt es tatsächlich, und als jemand, der sowohl in Köln als auch in Düsseldorf gelebt hat: Sie sind bei weitem größer als die zwischen den beiden Großstädten, die sich beide um den Status als Rhein-Metropole bewerben.

Als es dann nennenswerten Protest gab, kam er zunächst sehr stark von den unmittelbar Betroffenen. Das ist einsichtig und legitim, reicht aber in der Regel nicht aus. Doch jetzt, am letzten Januar-Wochenende, harrten 2.000 Menschen 24 Stunden aus, traten mehr als 250 Tänzer, Schauspieler und Musiker auf. Es war ein Volksfest mitten in Kälte und Schnee, wie es lange keines gegeben hat. Aber auch hier lohnt ein näheres Hinsehen: Neben den offiziellen Theatermenschen war es nahezu die gesamte bunte Kulturszene rund um Wuppertal und Umgebung, die sich mit künstlerischen Darbietungen, mit Ständen oder politischen Statements zu Worte meldeten oder die diese Prä-

sentationen dankbar beklatschten. Das Theater interessierte zunächst einmal alle, die sich als Profis oder Amateure selbst kulturell betätigen. Das ist natürlich keine Kritik, sondern weist darauf hin, dass das Theater als gemeinsames Eigentum der Kulturinteressierten betrachtet wird.

Dies deckt sich durchaus mit seiner Geschichte. Denn die theatralen Darstellungen in der griechischen Polis waren ein Gemeinschaftsergebnis, bei dem Angelegenheiten der Polis öffentlich diskutiert wurden. Das Theater gehörte der Polis, weil die Polis Gegenstand des Theaters war. Dies gilt eigentlich auch heute noch: Sofern das Theater ein öffentlicher und anerkannter Ort in der Stadt wird, kümmert sich die Stadtbevölkerung auch um ihr Theater. Hieraus ließen sich durchaus weitreichende Folgen für das Theater der Zukunft, das Verhältnis zwischen Kunst und Gesellschaft und sogar für notwendige Qualifikationen der Theaterleitung ableiten: Das Theater muss seine Legitimität verdienen. Tut dies das Wuppertaler Theater? Offenbar nicht genug, sonst hätte es sofort einen breiten Aufschrei in der Bevölkerung gegeben. Aber doch so gut, dass es zu dieser eindrucksvollen Protest-Aktion hat kommen können. Interessanterweise ist es ausgerechnet der international angesehenste Bereich des Wuppertaler Theaters, der geradezu vorbildlich die alte Vision von Theater realisiert: Das Tanztheater von Pina Bausch. Völlig unprätentiös – und ohne den inszenierten Medienrummel berühmter Berliner Kapellen – hat Pina Bausch ihren Klassiker „Kontakthof“ zum einen mit Senioren, zum anderen mit Schülern aufgeführt. Drei Versionen mit je eigener künstlerischer Qualität. Dabei wurde fast beiläufig die Bevölkerung einbezogen, und all dies ohne Abstriche an den künstlerischen Anspruch. So muss ein Theater der Zukunft agieren. Denn durch diese Aktion (bei der die in Deutschland verbreitete Debatte, ob dies jetzt Pädagogik oder Kunst war, völlig irrelevant blieb) hat sich das Theater „performativ“ als wichtiger Ort der Polis, eben: als politischer und anerkannter Platz der Stadt und in der Stadt bewiesen. Nur durch solche Ak-



Pleitegeier am Rathaus Wuppertal

© pillbox

tionen werden die Verteilungskämpfe, die gerade im armen Wuppertal hochrelevant sind, nämlich die zwischen Sozialhilfe und Kultur, gegenstandslos. Denn ein relevanter Teil der Akteure im Pina-Bausch-Projekt kam aus dem prekären Bereich.

Man kann also von Wuppertal Verschiedenes lernen: Theater muss sein, aber nur dann, wenn es sich als das Theater der jeweiligen Stadt erkennt. Theater braucht Solidarität, zunächst einmal die aller Kulturschaffenden. In Wuppertal ist eine große Solidarität entstanden, die es nicht immer zwischen den Sparten und Bereichen gibt. Sollte das Theater gerettet werden, muss es also Einiges dafür tun, um sich bei den entstandenen kulturellen Solidaritätsnetzwerken zu bedanken. Das heißt: Das Theater der Zukunft muss sich als Teil eines Netzwerkes betrachten und sich entsprechend verhalten. Und dies gilt auch für seine Interessensvertretungen auf Landes- und Bundesebene. Natürlich

gibt es auch weitere Ursachen für die heutige Krise. Eine besteht darin, dass man viel zu spät mit Überlegungen angefangen hat, Kultur aus dem Bereich der (bloß) freiwilligen Leistungen herauszuholen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die Fachverbände in der Kultur kommen hier alleine nicht weiter, wenn die kommunalen Spitzenverbände und die Länder es nicht wollen. Und diese wollten es lange nicht – und einige wollen es auch heute noch nicht. Aus machstrategischen Gründen ist das auch einsichtig: Denn jede Pflichtleistung nimmt der Politik und vor allem der Verwaltung Entscheidungsspielräume. Der Kampf spielt sich also zwischen den Polen Entscheidungsfreiheit und Absicherung ab. Und ein weiteres wird erkennbar: Kulturpolitik kann überhaupt nicht mehr als bloß schöngeistige Reflexion über Kunstautonomie betrieben werden. Der desolatte Zustand der Kulturrets hängt natürlich mit dem desolaten

Zustand der kommunalen Finanzen zusammen. Und hier muss Druck auf Bund und Länder ausgeübt werden, die Kommune in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge auch erfüllen zu können. Es gehört aber auch ein (selbstkritischer) Blick auf die kommunale Kulturpolitik dazu. Denn immer noch gibt es auch hier verzichtbare Großinvestitionen. Man denke etwa an die zahlreichen Prestigeprojekte immer neuer Konzerthäuser.

Die Rede von der Krise und Chance ist inzwischen so verbreitet, dass man sie kaum noch zu verwenden mag. Doch zeigt Wuppertal, dass Solidarität ein Zusammenstehen in Zeiten der Not ist. Sie kann entstehen und vergrößert werden. Sie muss dann aber auch gepflegt werden, wenn die Notzeiten vorüber sind: Sie ist keine Einbahnstraße.

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Dramatische Zuspitzung: Städte schlagen Alarm

Kulturfinanzierung: Die Hände in den Schoß zu legen und auf bessere Zeiten zu warten, ist unverantwortlich • Von Olaf Zimmermann

Bereits seit Wochen warnen die kommunalen Spitzenverbände vor den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die kommunalen Haushalte. Allein die Überschriften der beiden Pressemitteilungen des Deutschen Städtetags vom 2. Februar 2010 zeigen, wie es um die Städte und Gemeinden bestellt ist. Die Pressemitteilungen waren überschrieben mit „Städte drohen handlungsunfähig zu werden“ und „Städte schlagen Alarm: Finanzprobleme spitzen sich dramatisch zu – Hilferuf an Bund und Länder“. Alles nur Schreckgespenst ohne Substanz? Alles nur Alarmismus? Alles nur „Dampfplauderei“?

Wer sich mit den von den kommunalen Spitzenverbänden zur Verfügung gestellten Daten befasst, sieht, wie ernst die Lage der Städte und Gemeinden ist. Dabei sind die Ursachen durchaus unterschiedlich.

Deindustrialisierung

Eine Reihe von Städten und Gemeinden leidet bereits seit vielen Jahren unter einem strukturellen Defizit. Es sind Städte und Gemeinden, die von

der Deindustrialisierung betroffen sind, in denen sich der demografische Wandel durch den Wegzug vieler Menschen manifestiert, deren Sozialausgaben steigen, da es oftmals die weniger qualifizierten Einwohner sind, die wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, die vor Ort bleiben.

Geradezu paradigmatisch stehen hierfür die Ruhrgebietsstädte und Städte aus dem Bergischen Land wie Wuppertal. So musste Gelsenkirchen einen Einwohnerverlust vom Jahr 2000 zum Jahr 2008 von 6,0% hinnehmen, Hagen von 5,5%, Remscheid von 5,3% und Duisburg von 4,3%. Ein Einwohnerverlust von nur 0,6% in Dortmund ist in diesem Zusammenhang schon fast eine gute Nachricht.

Am 18. Dezember 2009 haben 19 Städte aus dem Ruhrgebiet und dem Bergischen Land mit einem Memorandum „Wege aus der Schuldenfalle“ Alarm geschlagen. Diesem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal.

Diese Städte haben gegenüber der Landesregierung, aber auch gegenüber dem Bund aufgezeigt, dass sie ohne grundlegende strukturelle Veränderungen aus der Schuldenfalle nicht herauskommen. Trotz des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums zu Beginn des Jahrtausends und trotz bis zum Jahr 2008 steigender Gewerbesteuererinnahmen, stiegen die Gesamtschulden dieser Städte dramatisch an. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich in einigen Städten mehr als verdoppelt. Sie stieg im Zeitraum von 2000 bis 2008 in Oberhausen von 3.212 Euro/Einwohner auf 7.134 Euro/Einwohner, in Hagen von 2.001 Euro/Einwohner und in Wuppertal von 1.595 Euro/Einwohner auf 4.471 Euro/Einwohner, um nur einige Beispiele zu nennen. Entsprechend hoch sind die Zinsausgaben der Städte und Gemeinden.

Neben dem strukturellen Defizit und den steigenden Sozialausgaben unter denen diese Städte leiden, treten nun noch die Steuerrückgänge in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hinzu. So wird für beispielsweise Wuppertal ein Steuerrückgang von 2008 bis 2010 um 21,9% prognostiziert.

Wirtschafts- und Finanzkrise

Klingen die Alarmrufe aus den Ruhrgebietsstädten schon fast vertraut, so macht sich die Wirtschafts- und Finanzkrise nun auch in Städten und Regionen bemerkbar, die bislang prosperierten. In Karlsruhe wird laut Angaben des Deutschen Städtetags mit einem Rückgang der Steuereinnahmen von 11,9% gerechnet. In Frankfurt sind es 25,4% und in Hannover 22,1%.

Im Durchschnitt gehen die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag) von einem Anstieg des negativen Finanzierungssaldos aus. D.h. die Ausgaben werden die Einnahmen deutlich übersteigen – und dies trotz angekündigter strikter Sparmaßnahmen und Haushaltssicherungskonzepte. Konkret wird angenommen, dass im Jahr 2009 die Ausgaben die Einnahmen um 4,45 Mrd. Euro überstiegen haben, für das Jahr 2010 werden 12,05 Mrd. Euro fehlen.

Sparmaßnahmen

Die Städte begegnen der Finanzkrise mit Sparmaßnahmen. Dazu gehört

zuerst, dass städtisches Personal eingespart wird. Frei werdende Stellen werden nicht oder nur verzögert besetzt, Personal wird reduziert. Diese auf den ersten Blick erfolgversprechenden Maßnahmen können auf den zweiten die Situation weiter verschärfen, da Stellenabbau in den Kommunen eben kein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist, sondern im Gegenteil die Städte und Kommunen ihren Beitrag zum Anstieg der Arbeitslosigkeit leisten, den sie mit steigenden Sozialabgaben auch noch finanzieren müssen.

Zum anderen sparen die Kommunen an Zuschüssen auch für kulturelle Einrichtungen. Als Beispiele für Konsolidierungsmaßnahmen in ausgewählten Städten werden vom Deutschen Städtetag u.a. den Kulturbereich betreffend genannt:

- in Duisburg die Erhöhung der Eintrittspreise für Konzerte und Theater, Kürzung oder Wegfall der Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen,
- in Erlangen die Kürzung der Zuschüsse an Vereine,
- in Hannover das Aufstellen von Kassen- und Buchungsmaschinen

Weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Dramatische Zuspitzung

- in Bibliotheken,
- in Ludwigshafen am Rhein die Anhebung der Eintrittspreise für das Theater und das Museum,
- in Markredwitz der Anstieg der Gebühren für die Musikschule und die Bibliothek,
- in Nürnberg sinkende Zuschüsse für Vereine,
- in Wolfsburg pauschale Kürzungen in zahlreichen Ausgabebereichen,
- in Wuppertal die Kürzung der Zuschüsse im Kulturbereich und die Aufgabe des Schauspielhauses als Spielstätte.

Dieses sind nur einige prägnante Beispiele für die geplanten bzw. derzeit diskutierten Kürzungen. Fast täglich ist von neuen Kürzungsabsichten oder auch Schließungen zu lesen. So wird in der Bauhausstadt Dessau überlegt, die Zuschüsse zum Anhaltischen Theater bis zum Jahr 2013 so drastisch zu kürzen, dass nur noch die Schließung bleibt.

Dabei sind es zumeist die Theater, die es als letzte trifft. Bevor über deren Schließung, die Zusammenlegung von Häusern oder die Aufgabe von Sparten nachgedacht wird, wurden die Zuschüsse zu anderen Kultureinrichtungen, zu kulturellen Initiativen und Vereinen oder auch in der Künstlerförderung schon längst zusammengestrichen.

Es sind die wenig abgesicherten Projekte, die Initiativen, die zuerst bluten müssen. Hier gibt es in der Regel keine längerfristigen vertraglichen Vereinbarungen, sondern unregelmäßig gewährte Zuschüsse. Diese Zuschüsse können sehr schnell eingespart werden und sind in der Regel so gering, dass ihr Wegfall keinen Bürger „hinter dem Ofen hervorlockt“. Diese Projekte sind zumeist auch nicht so prestigeträchtig, dass eine Stiftung oder ein privater Sponsor einspringen, da sie zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit schaffen.

Der Wegfall der vielen kleinen Kulturzuschüsse wird das kulturelle Leben in den Städten und Gemeinden empfindlich treffen. Es sind eben nicht nur die Theater oder die Museen, mit überregional bekannten Ausstellungen, die das kulturelle Leben prägen.

In allen Debatten zur Kulturpolitik des Bundes wird zu Recht hervorge-

hoben, dass die kulturelle Vielfalt in Deutschland durch die Kleinstaaterei entstanden ist und durch den Föderalismus gesichert wird. Wenn diese Aussage nicht nur eine Monstranz sein soll, die bei Länderprozessionen hervorgeholt wird, sind als erstes die Länder gefordert, jetzt die Initiative zu ergreifen.

Verantwortung der Länder

Die Kommunen sind laut unserer Verfassung Teil der Länder. Die Länder sind es, die verpflichtet sind, darauf zu achten, dass die Kommunen finanziell nicht ausbluten, dass ihnen nicht mehr Aufgaben aufgebürdet werden als sie tragen können. Und jetzt wären es zuerst die Länder, die gefordert wären, den Kommunen zu helfen.

Der Kulturausschuss der Kultusministerkonferenz müsste endlich einen Plan erarbeiten, wie den Kommunen am besten geholfen werden könnte. Er müsste den Austausch und die Auseinandersetzung mit den Bundeskulturverbänden suchen. Er müsste länderübergreifende Anstrengungen unternehmen, um das kulturelle Leben in ganz Deutschland zu sichern. Der Präsident der Kultusministerkonferenz müsste an der Spitze seiner Kollegen stehen, um kulturelle Vielfalt zu erhalten. Gemeinsam müssten die Länder bei ihrer Kulturstiftung der Länder einen Fonds auflegen, um den Kultureinrichtungen vor Ort helfen zu können.

Von all dem ist nichts zu spüren. Vielmehr verfestigt sich einmal mehr der Eindruck, dass das Interesse der Kulturpolitiker der Länder an der jeweiligen Landesgrenze endet und letztlich eine gesamtstaatliche Verantwortung nicht übernommen wird.

Bund als Lückenbüßer

Demgegenüber wird Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB nicht müde, die Länder an ihre Pflicht zu Kulturfinanzierung zu erinnern. Er warnt vor Einsparungen im Kulturbereich und unterstreicht immer wieder, dass mit Einsparungen im Kulturbereich die kommunalen Haushalte nicht gerettet werden können. Doch wem das Wasser bis zum Halse steht, ergreift jeden Strohalm und sei er noch so dünn.

Der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages informierte sich im Februar 2010 be-



Bundesfinanzministerium

© Bundesfinanzministerium/Foto: Jörg Rügner

reits das zweite Mal über die Situation der Kulturfinanzierung. Bereits im März 2009 führte er eine erste öffentliche Expertenanhörung zum Thema „Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Kultur in Deutschland“ durch. Die anwesenden Experten warnten seiner Zeit bereits vor anstehenden Einsparungswellen.

Staatsziel Kultur im Grundgesetz

Gerade weil die Kulturfinanzierung als sogenannte freiwillige Aufgabe der Kommunen missverstanden wird, leidet der Kulturbereich deutlicher als andere Bereiche unter der Finanzkrise der öffentlichen Hände. Der Deutsche Kulturrat fordert deshalb schon seit Jahren, dass das Grundgesetz um den Art. 20 b „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ ergänzt wird. Diese Grundgesetzergänzung entspricht 1 : 1 der Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“.

Jetzt soll das Grundgesetz wegen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Mischverwaltung der Jobcenter geändert werden. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages, die bereits seit langem das Staatsziel Kultur im Grundgesetz verankern wollen, haben jetzt die Chance diese jetzt

anstehenden Grundgesetzänderung zu nutzen. Die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die Linke haben sich bereits für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ausgesprochen. Teile der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU/CSU-Fraktion haben sich ebenfalls zu Kultur als Staatsziel bekannt. Jetzt heißt es Flagge zeigen und dem Kulturbereich in der Krise durch diese Grundgesetzänderung nachhaltig helfen.

Nothilfefonds Kultur

Der vom Deutschen Kulturrat in die Diskussion eingebrachte Vorschlag eines „Nothilfefonds Kultur“ des Bundes für kommunale Kulturstrukturen ist ein zusätzlicher konkreter Ansatz, um den kulturellen Kahl-schlag vor Ort zu verhindern. Der Nothilfefonds Kultur könnte bei der Kulturstiftung des Bundes angesiedelt werden, die bereits Erfahrungen mit der Vergabe von Fördermitteln an die kommunale Ebene hat. Eine Fachjury sollte anhand von Vorgaben wie der Sicherung der kulturellen Vielfalt in einer Region Kriterien für die Vergabe der Fördermittel entwickeln. Eine Voraussetzung sollte sein, dass nach einer Überbrückungshilfe aus dem Nothilfefonds die Kommune wieder selbst in die finanzielle Verantwor-

tung tritt. Die Kulturausgaben der letzten Jahre der jeweiligen Kommune könnten ein weiteres Kriterium sein, um zu verhindern, dass jene Kommunen belohnt werden, die in den letzten Jahren überproportional bei den Kulturausgaben gekürzt haben. Die Nachhaltigkeit der Förderung wäre ein weiteres Kriterium. Eine Kommune, die Gelder aus dem Nothilfefonds erhält, muss sich verbindlich zur weiteren Finanzierung der Kulturstruktur nach dem Ende der Bundeshilfe verpflichten.

Am Nothilfefonds Kultur des Bundes könnte sich erweisen, ob die „UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ tatsächlich ein brauchbares kulturpolitisches Instrument im Inland oder letztlich nur ein Lippenbekenntnis ist. Dieses völkerrechtlich verbindliche Instrument sollte auch dazu dienen können, die verfassungsrechtlichen Bedenkenträger zu überzeugen.

Jetzt gilt es die Warnungen aus den Städten und Gemeinden ernst zu nehmen und aktiv zu werden. Die Hände in den Schoß zu legen und auf bessere Zeiten zu warten, ist unverantwortlich.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates ■

Kulturmanagement in und nach der Krise

Aktuelle Herausforderungen für Kulturinstitutionen und ihre Träger • Von Maurice Lausberg und Frank Schellenberg

Als „Spar-Tsunami“ und „Großer Kahlschlag“ betitelten große Zeitungen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Kulturbranche. Im Blickpunkt der Medien stand dabei zumeist die öffentliche Trägerfinanzierung, da vor allem auf kommunaler Ebene die Finanzierung von Kultur in Frage gestellt wird. Diese ist schon seit Jahren rückläufig: So sank der Gesamtetat von Bund, Ländern und Gemeinden von 2001 bis 2007 um 3,1% auf 8,1 Mrd. EUR – und dies in einer Zeit soliden wirtschaftlichen Wachstums.

Der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung aufgrund der Krise lässt Kulturmanager nun eine Stagnation bzw. Kürzung der Kultursubventionen befürchten. Dies belegt u.a. eine aktuelle Umfrage der Actori GmbH unter Kulturinstitutionen in Deutschland: Hinsichtlich der Entwicklung der Kulturförderung in den kommenden fünf Jahren meinen über 50% der Befragten, dass die bislang öffentlich geförderten Kultureinrichtungen zwar weiterhin, aber mit sinkenden Mitteln gefördert werden. Der Blick auf die Zuschüsse der öffentlichen Hand, den weitaus größten Bestandteil des Budgets von

Kulturinstitutionen, lässt also ein bedrohliches Szenario erkennen. Daneben stehen auch die Auswirkungen der Krise auf Sponsorengelder und Eigeneinnahmen im Fokus der Diskussion. In einer Studie hat Actori nun alle drei Finanzierungsquellen hinsichtlich ihrer Krisenanfälligkeit untersucht, um „Bewältigungsstrategien“ aufzuzeigen.

Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse drohen

Die aktuelle Ausgangslage erscheint dramatisch: Die deutsche Wirtschaftsleistung soll laut dem Herbstgutachten führender Wirtschaftsinstitute in 2009 um 5% geschrumpft sein. Gemäß der letzten Schätzung des Bundesfinanzministeriums für Bund, Länder und Gemeinden sind die Steuereinnahmen von Januar bis September um 6% auf 352,8 Mrd. EUR eingebrochen. Zwar ist es ein Anliegen der Bundespolitik, die Kulturausgaben zu steigern, was die Erhöhung des Kulturretats des Bundes für 2010 um 1,5% auf 1,2 Mrd. EUR belegt; doch verliert die Unterstützung auf Länder- und Kommunalebene, die mit 41,8% (3,3 Mrd. EUR) bzw. 45,5% (3,6 Mrd. EUR)

laut Kulturfinanzbericht den Großteil der öffentlichen Finanzierung übernehmen, bereits jetzt weiter an Boden. Insbesondere die drastischen Gewerbesteuererlöse bedrohen die kommunalen Haushalte.

Aktuell verdichten sich zwar die Anzeichen, dass es bereits in 2010 wieder zu einer ersten Belebung der Wirtschaftskraft kommen wird. Nicht auszuschließen ist aber, dass es einen ähnlichen Effekt wie bei der letzten Rezession vor knapp zehn Jahren geben wird: Damals wuchsen trotz bereits fallender Steuereinnahmen (2000 auf 2002: -5%) die bundesweiten Kulturausgaben zunächst noch auf 8,4 Mrd. EUR an; anschließend sanken sie mit einer Verzögerung von zwei Jahren um 6% unter das Niveau von 2001.

Trifft man die Annahme, dass sich die damalige Entwicklung in den Jahren 2009 bis 2011 wiederholt, ist entsprechend des prognostizierten Steuereinnahmerückgangs eine zeitlich verzögerte Kürzung des Kulturhaushaltes um jeweils ca. 5% für die Jahre 2010 und 2011 denkbar. Auch die aktuelle Actori-Umfrage weist in diese Richtung: 32% der Kulturinstitutionen befürchten, dass die öffentlichen Mittel in den Jahren 2010

und 2011 für die eigene Institution um 5-10% zurückgehen könnten.

Stabile Entwicklung der Kartenverkaufserlöse

Anders stellt sich die Situation im Bereich der Ticketingserlöse dar. Die Entwicklungen der letzten Jahre beweisen, dass in diesem Bereich noch Wachstumspotenziale liegen. So konnten im Theater- und Musikbereich trotz eines Rückgangs der Besucherzahlen um 7% im Zeitraum 2004 bis 2008 die Kartenerlöse mit Hilfe von Preisanhebungen (+16%) gesteigert werden. Für die Entwicklung der Kartenverkaufserlöse in Zeiten der Krise lässt sich feststellen, dass diese Einnahmequelle bei den meisten Kulturbetrieben relativ robust ist und voraussichtlich nicht gravierend von der Krise betroffen sein wird. Dies untermauert die Actori-Umfrage: 54% der befragten Kulturinstitutionen verzeichnen bisher keine Auswirkungen der Krise auf ihre Besucherzahlen, weitere 22% konnten in den vergangenen 12 Monaten sogar einen steigenden Besucherzuspruch vermelden.

Auch eine Studie der Firma Serviceplan stützt diese Beobachtung:

Danach können immerhin 46% aller Haushalte als krisenresistent eingestuft werden. Diese Gruppe besteht insbesondere aus gutsituierten Arbeitnehmern mit sicherem Arbeitsplatz und vermögenden Rentnern. Erfahrungswerte zeigen, dass vor allem diese Haushalte von den Hochkultureinrichtungen und ihren Angeboten überdurchschnittlichen Gebrauch machen.

Kultureinrichtungen müssen ihre Angebote so gestalten, dass sie den Gewohnheiten und ggf. krisenbedingten Verhaltensänderungen ihrer Besuchergruppen bestmöglich entgegen kommen: Ausstellungen oder Spielpläne sind nach Besuchern und Auslastungskurven zu analysieren, gerade im Hinblick darauf, zu welchen Tageszeiten bzw. an welchen Wochentagen und Monaten Veranstaltungen besonders gut besucht sind. Bei der Analyse der Auslastungskurve eines Opernhauses hat Actori beispielsweise festgestellt, dass sich durch eine stärkere Bespielung der Freitage zu Lasten der Donnerstage ein Mehrereinnahmepotenzial im sechsstelligen EUR-Bereich erschließen ließe.

Weiter auf Seite 5

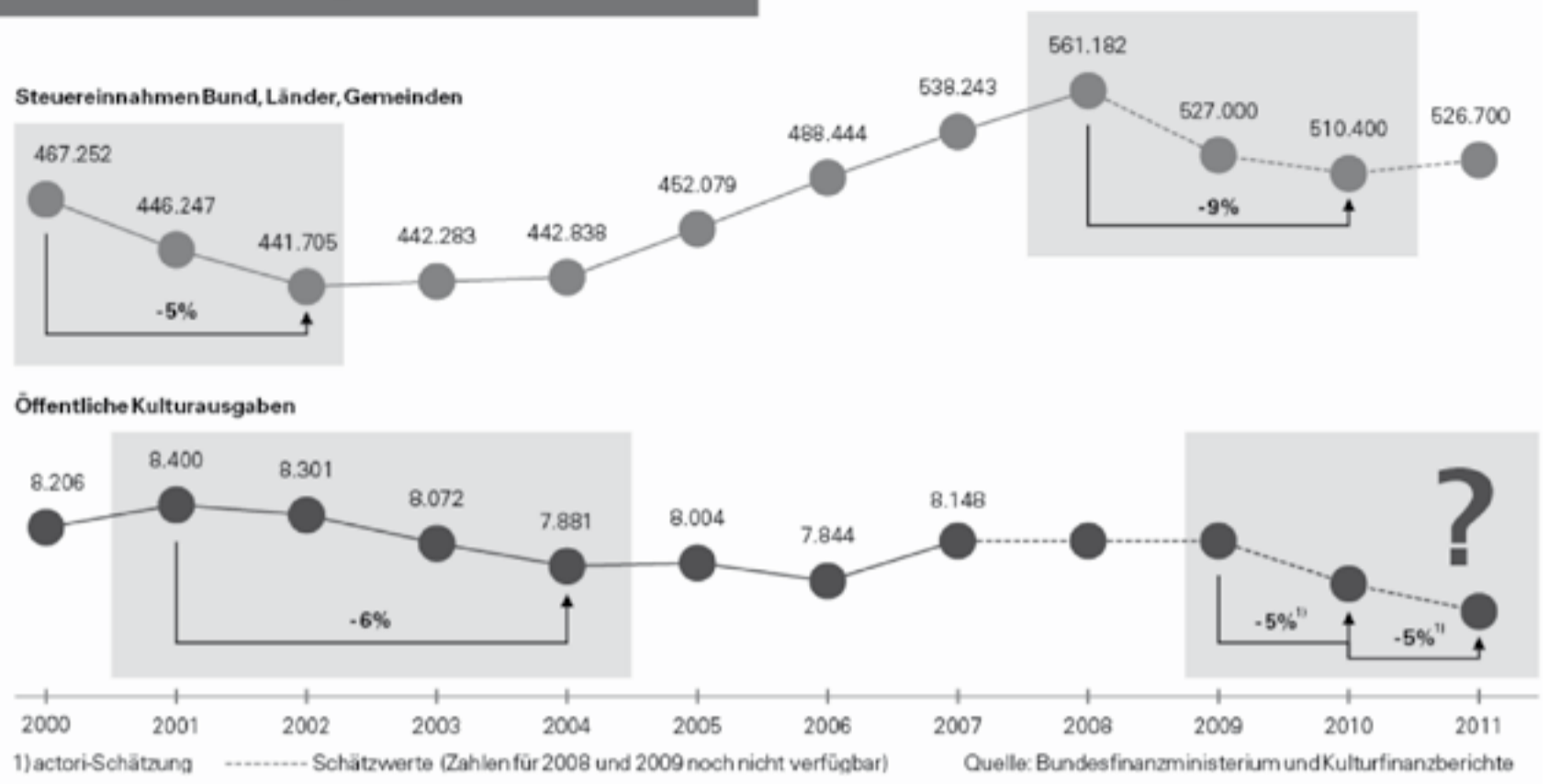
Fortsetzung von Seite 4

Die private Förderung (Sponsoring & Spenden) durch Unternehmen, Privatpersonen und Stiftungen als dritte Finanzierungsquelle für Kulturinstitutionen deckt bislang nur einen geringen Teil des Finanzbedarfes der Kultureinrichtungen in Deutschland (ca. 2-4%), stellt aber dennoch für manche Kulturbetriebe, insbesondere für Musikfestivals, eine tragende Säule dar.

Aufgrund der in 2009 zu konstatierenden Produktionseinbrüche (laut DIW z. B. minus 24% im Kraftwagenbau) und dem damit einhergehenden Rückgang der Ertragszahlen geraten die Marketingbudgets der Unternehmen zunehmend unter Druck. Dies wiederum wird sich negativ auf die Sponsoringausgaben von Unternehmen auswirken, insbesondere dann, wenn das Kulturenagement von Unternehmen nicht fest im Unternehmensmarketing verankert ist. Verschärft wird diese Problematik noch durch die Compliance-Problematik, die sich bei dem auf Kundenbindung ausgerichteten Kultursponsoring natürlich besonders bemerkbar macht. Der Vermögensentwicklung von Privatpersonen hat die im Laufe des vergangenen Jahres zwischenzeitlich negative Entwicklung an den Kapitalmärkten zugesetzt. Diese Entwicklung sowie die Unsicherheiten für das Jahr 2010 werden die Spenden- und Unterstützungsbereitschaft vorsichtiger und zurückhaltender ausfallen lassen.

In Summe rechnet actori daher für die Jahre 2009 bis 2011 mit einer Reduktion der Kultur-Sponsoring- und Spendenvolumina in Höhe von 15-30% im Vergleich zum Jahr 2008. Umso wichtiger wird ein professionelles Akquisitionsvorgehen mit klarer Partnerstruktur und attraktiver Nutzenargumentation bzw.

Abbildung 1: Entwicklung der Steuereinnahmen und der öffentlichen Kulturausgaben 2000-2011 in Mio. Euro



die intensive Betreuung bestehender Sponsoren und Spender sein. Professionalität in Strategie und Umsetzung, wie z.B. gut aufeinander abgestimmte Vertragslaufzeiten oder ein breiter Branchenmix und unterschiedliche Geberlevel im Sponsorenpool, ist unbedingt angebracht.

Proaktives Handeln erforderlich

Als Fazit der actori-Studie lässt sich insgesamt festhalten: Es ist zu befürchten, dass öffentliche Zuschüsse – zeitversetzt zur Wirtschaftskrise

– besonders von der Krise betroffen sein werden. Die Sponsoringeinnahmen werden zurückgehen, die Kartenverkaufserlöse in Abhängigkeit von Kulturgenre, Standort und Besucherstrukturen tendenziell stabil bleiben. Für Kultureinrichtungen bedeutet dies konkret: Nur wer sich als Kulturinstitution aktiv in die Debatte um angemessene und bezahlbare Kultur-Angebote einbringt, hat Chancen, den kommenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Wichtig wird es sein, möglichst konkret den Mehrwert in allen relevanten Facetten (zum Beispiel künstlerisch, sozial, gesell-

schaftlich, oder auch standortbezogen) zu bestimmen. Je detaillierter sich dabei positive Leistungen einer Kultureinrichtung oder negative Auswirkungen von Kürzungen aufzeigen lassen, desto leichter wird es fallen, die Diskussion um eine Kulturinstitution aktiv und in die richtige Richtung zu steuern bzw. zu beeinflussen.

Die öffentlichen Träger hingegen brauchen überzeugende „Kulturinvestmentstrategien“ mit nachvollziehbaren und messbaren Zielen, um die Kulturbudgets im staatsinternen Verteilungskampf zu verteidigen.

Die ausführliche Studie zu den Herausforderungen der Krise ist über www.actori.de in der Rubrik News > Downloads verfügbar.

Maurice Lausberg ist Gründer der Unternehmensberatung actori GmbH in München, die einen Fokus auf die strategische Beratung von Kunst- und Kulturbetrieben setzt. Zu den Kunden gehören Opernhäuser, Theater, Museen sowie öffentliche Träger. Frank Schellenberg ist Leiter des Competence Center Kultur der actori GmbH ■

Zwischen Anspruch, Erwartung und Wirklichkeit:
Studie des Deutschen Kulturrates »Der WDR als Kulturakteur«

Der WDR ist die größte ARD-Anstalt. Er verfügt über das größte Budget, er hat die meisten Mitarbeiter, er versorgt das bevölkerungsreichste Sendegebiet, er repräsentiert die ARD auf internationaler Ebene. Er ist ein Sender der Superlative!

Trotzdem wird der WDR auch aus dem Kulturbereich heraus kritisiert.

- Sinkt das Niveau wirklich ins Bodenlose?
- Gewinnt die seichte Unterhaltung wirklich die Oberhand über die seriöse Information und die ernste Kultur?
- Beutet der Sender die freiberuflichen Kulturschaffenden wirklich immer mehr aus?
- Werden die Kultursendungen wirklich immer mehr in die Spartenprogramme oder in die späten Nachtstunden verschoben?

Der gefühlten Wahrheit Fakten gegenüberzustellen, die die Gefühle bestätigen oder widerlegen, ist das Ziel der Studie. Gerade der Kulturbereich, der vom Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unmittelbar betroffen ist, kann es sich nicht leisten, seine Beurteilungen zu einem nicht geringen Anteil aus dem Bauch heraus zu treffen.

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder unter: <http://www.kulturrat.de/shop.php>



Der WDR als Kulturakteur
Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit

Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat
Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann
Berlin 2009. 464 Seiten.
24,90 Euro

ISBN 978-3-934868-22-9